

FPÖ, BZÖ: Voller Einsatz – für die eigene Geldtasche

Die Abkassierer

- Der Grazer FPÖ-Altbürgermeister Alexander Götz kassiert eine monatliche Pension von 14.800 Euro.
- 600.000 Euro Förderung für EU-Mandat von Ewald Stadler. Dieser hatte im Juni 2009 versichert, er wolle das Mandat keinesfalls annehmen. Es ist dem BZÖ nur aufgrund des Lissabon-Vertrags zugesprochen worden.
- Mehrfachfunktionär Grosz verdient über 10.000 Euro als Nationalratsabgeordneter und Gemeinderat in Graz. Selbst bei einem teilweisen Verzicht liegt er damit weit über der von Jörg Haider einst ausgerufenen Einkommensgrenze von 60.000 Schilling (4360 Euro).
- Über 500.000 Euro kostete der Polizeischutz für die Grazer FPÖ-Kurzzeit-Stadträtin Susanne Winter. Wenige Monate nach Amtsantritt wurde sie gerichtlich verurteilt.
- In Kärnten gönnte das BZÖ nach der Landtagswahl 2009 allen Parteien eine kräftige Erhöhung der Parteienförderung. Am meisten bekam das BZÖ selbst: von 17 auf 25,2 Mio. Euro, das bedeutet ein Plus von 40 Prozent bei der Parteienförderung.

Die Täuscher

- Seit der Trennung von FPÖ und BZÖ wechseln Funktionäre immer wieder zwischen den beiden Parteien hin und her oder gründen, siehe „FP Kärnten“, neue Gruppierungen. So ist ein Maximum an Fördermitteln garantiert.
- Nach der verlorenen EU-Wahl im Juni 2009 versicherte BZÖ-Spitzenkandidat Stadler, auch im Falle einer Aufstockung der Mandate seinen Parlamentssitz nicht anzunehmen. Nun hat er es sich anders überlegt, immerhin winken 600.000 Euro.
- FP-Chef Strache legte 2006 eine eidesstattliche Erklärung vor, „keinerlei Plattformen mit einem BZÖ“ einzugehen. Nun hat er es sich anders überlegt, immerhin winken 1,4 Mio. an Parteienförderung.
- Karl-Heinz Grasser wandelte sich vom FPÖ-Politiker zum BZÖ-Anhänger zum ÖVP-Minister, um schließlich in Julius Meinls Finanzimperium Unterschlupf zu finden. Grassers Freunde und Bürokollegen Peter Hochegger und Walter Meischberger kassierten im Rahmen der Verscherbelung der BUWOG-Wohnungen während Grassers Amtszeit 10 Mio. Euro an Provisionen.
- FPÖ-Parlamentspräsident Martin Graf wirtschaftete 2006 das einst angesehene Forschungszentrum Seibersdorf herunter, dann verließ er das sinkende Schiff – aber nicht ohne 220.000 Euro Abfertigung und eine Prämie in der Höhe von 50.000 Euro.

Die Hintermänner

FPÖ und BZÖ geben gerne vor, sich um die „kleinen Leute“ zu kümmern. In Wirklichkeit ziehen in diesen Gruppierungen Banker und Multimillionäre die Fäden.

- Der neoliberale Milliardär Thomas Prinzhorn war 1999 Spitzenkandidat der FPÖ.
- Der Bankmanager und Monarchist Matthäus Thun-Hohenstein wurde vom BZÖ im EU-Wahlkampf als Kandidat aus dem Hut gezaubert.
- Ex-Veit Schalle, 2006 BZÖ-Kandidat auf dem zweiten Listenplatz hinter dem rechtskräftig verurteilten Straftäter Westenthaler, war bis zu seiner Pensionierung als Generaldirektor von Billa/Merkur/Penny Markt einer der einflussreichsten Manager Österreichs.
- Harald Fischl, Wienerwald-Besitzer und Inhaber eines Pflegeheim-Imperiums, ist steirischer BZÖ-Vizechef.
- Der Grazer FPÖ-Stadtrat Mario Eustacchio war vor seiner Amtszeit Banker und Aktienhändler.



KOMMENTAR

VON LUTZ
HOLZINGER

Trotz Pleite weiter geöffnet

Im Baugewerbe übernehmen oft Subauftragnehmer die Drecksarbeit. An diese Vorgangsweise erinnert das Treiben der Funktionäre der FPÖ und ihrer verschiedenfarbigen Ableger. Sie arbeiten mit Lug und Trug und pfeifen sich nicht das Geringste, wenn sie wie das Dörfner/Scheuch-BZÖ/FPK im Fall Hypo Alpe Adria ein ganzes Bundesland finanztechnisch in den Abgrund stürzen. (Das Land hat Haftungen über 18 Milliarden Euro übernommen!).

Seit langem ist bekannt, wie die Haider-Partie zu ihrem Wort steht: Das seinerzeitige Gelöbnis, Politikerbezüge über 60.000 Schilling in einen Sozialfonds zu stecken, hat sich rasch als Latri-nengerücht entpuppt. Auf derselben Linie liegt die schamlose Selbstbedienungsmentalität, die Grasser und Konsorten beim Verkauf der BUWOG-Wohnungen oder die diversen VerkehrsministerInnen in der blau/orangen Ära bei Postenbesetzungen von ASFINAG und ÖBB an den Tag gelegt haben.

Wenn es eng wird, kommt eine Kindesweglegung als Rettungsanker. So mutierte das Kärntner BZÖ zu einem Anhängsel der Bundes-FPÖ. Unter dem Motto: trotz Pleite weiter geöffnet! Das wird dadurch unterstrichen, dass der aus dem Hypo-Verkauf finanzierte Zukunftsfonds weiter geplündert wird.

DER ABKASSIERER
MIT VOLLEM EINSATZ